

„ENQUETEKOMMISSION HAT DIE CHANCE ZU HANDELN“

Interview mit Britta Schellenberg, Sachverständige der Enquetekommission „Auseinandersetzung mit Rassismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ für die SPD-Fraktion in Thüringen

Sie lehren als Dozentin zum Thema Rechtsextremismus und staatlichem Problemhandeln. Was kann aus Ihrer Sicht eine Enquetekommission in einem Landtag bewirken, was Forschung und Lehre nicht kann?

Der Wissenschaft geht es darum Probleme zu verstehen, zu beschreiben und zu erklären. In meiner Forschung und Lehre beschäftige ich mich mit Fragen wie: Warum wurde der rassistische Terror des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ nicht als solcher erkannt? Warum wurden die migrantischen Opfer und ihre Familien verdächtigt kriminell zu sein?

Und auch, was führt zu fehlerhaften Ergebnissen in der staatlichen Analyse? Warum wird Rassismus als Tatmotiv häufig nicht festgestellt?

Die Enquetekommission hat die Chance Probleme nicht nur zu benennen, sondern sie auch nachhaltig anzugehen. Ziel ist es, Lösungen zu entwickeln und Maßnahmen zu empfehlen, die dann ganz konkret in die politische Praxis umgesetzt werden.

Wissenschaft kann Probleme in der Praxis nicht lösen. Sie kann aber Hinweise geben, welche Lösungsansätze vielversprechender und welche ungünstiger sind.

Die Vorgehensweise der Kommission ist eine recht wissenschaftliche. Bisher gab es eine konstituierende Sitzung, anschließend haben die Experten Handlungs- und Problemfelder abgesteckt. Welches Zwischenfazit ziehen Sie?

Die Arbeit ist ernsthaft und zielstrebig. Die Mitglieder bringen viel Geduld und Zeit auf, um Erfahrungen und Kenntnisse zum Themenfeld „Rassismus und Diskriminierung“ aus sehr unterschiedlichen Perspektiven zu erschließen. Angehört wurden beispielsweise schon Mitarbeitende von Betroffenenorganisationen, Vertreter unterschiedlicher Religionen, Schüler-, Eltern- und LehrerInnenverbände.

Tatsächlich ist das Vorgehen der Kommission bisher recht wissenschaftlich: Neben den Anhörungen werden Problemfelder abgesteckt, Kenntnis über Forschungsergebnisse zum Thema erlangt



Zur Jahresmitte hat die Enquetekommission in Thüringen ihre Arbeit aufgenommen. Beschlossen hatte der Thüringer Landtag bereits zum Ende des vergangenen Jahres, dass Experten und Parlamentarier gemeinsam herausfinden sollen, wie Rassismus und Menschenfeindlichkeit in der Gesellschaft entsteht und was man dem politisch entgegen setzen kann. Eine der Expertinnen ist **Britta Schellenberg**, Politikwissenschaftlerin an der LMU München.

und Arbeitsdefinitionen festgelegt. Diese Schritte würden wir auch in der Forschung gehen.

Mein Eindruck ist, dass fast alle Kommissionsmitglieder an einer sachlichen Auseinandersetzung interessiert sind. Übrigens ist die Enquetekommission ja auch personell bereits recht wissenschaftlich aufgestellt: Sie besteht einerseits aus Abgeordneten, die oft schon länger das Themenfeld bearbeiten. Und gleichberechtigt aus Experten, die zum Großteil aus der Forschung kommen. Die Abgeordneten werden zudem durch wissenschaftliches Fachpersonal unterstützt.

Allerdings möchte ich auch sagen, dass durchaus die Gefahr besteht, dass parteipolitische Agitation und gegenseitige Anschuldigungen ein gutes Ergebnis gefährden.

Das Thema „Rassismus und Diskriminierung“ wird aktuell von Vielen als brisant, bedrohlich oder ärgerlich wahrgenommen und genießt daher große öffentliche Aufmerksamkeit.

In dieser Kommission sitzen auch Vertreter der AfD, der selbst immer wieder Rassismus und mindestens Rechtspopulismus vorgeworfen wird.

Wie muss man sich die gemeinsame Arbeit vorstellen?

Das ist in der Tat ein Thema für sich. Die AfD und ihr Sachverständiger, der auch Parteimitglied ist, sagt nicht viel. Dennoch wird in einigen Momenten sehr klar, dass die AfD mit Menschen- und Bürgerrechten, etwa der Religionsfreiheit, wenig anfangen kann. Hier in der Enquete wird immer wieder deutlich, dass sie sich nach einer regressiven Utopie sehnen, in der es ein ethnisch homogenes Volk gibt.

Das ist weder eine gute Voraussetzung für die Zusammenarbeit mit Sozialwissenschaftlern, da wir „das Volk“ gerade nicht als „Einheit und einheitlich“ begreifen, sondern innergesellschaftliche, z.B. soziale, Konflikte und Gegensätze, gesellschaftliche Bruchlinien, Machtstrukturen etc. analysieren.

Das ist auch keine gute Voraussetzung für die Zusammenarbeit in einer pluralen Gesellschaft. Nicht in einer Kommission, in der es Mitglieder muslimischen Glaubens gibt. Und damit insgesamt nicht für die Zusammenarbeit in unserer demokratischen Gesellschaft.

Dank des Thüringen-Monitors wissen die Landespolitiker seit 2000 über die politische Kultur und das gesellschaftliche Klima im Freistaat Bescheid. Infolgedessen wurde das Landesprogramm gegen Rechtsextremismus eingeführt. Wenn die Enquete-Kommission ihren Abschlussbericht vorgelegt hat – welche Erwartungen haben Sie an die Konsequenzen?

Zunächst erwarte ich, dass die Empfehlungen der Enquete sich normativ an den Menschenrechten, an Demokratie und dem Grundgesetz orientieren.

Ich verstehe meine Aufgabe als wissenschaftliche Expertin darin, eine sachliche Diskussion, die sich durch Fakten und Perspektivenvielfalt auszeichnet, zu unterstützen, indem ich Erkenntnisse aus der Forschung, auch aus verschiedenen Fachdisziplinen, einbringe.

Und natürlich habe ich die Hoffnung, dass die viele Zeit, Arbeit und Kompetenz, die in die Enquetekommission einfließt, am Ende auch zu einer verbesserten Praxis führt.